

Geteilt. Vereint. Gemeinsam.
Perspektiven für den Osten Deutschlands.

**Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands
an den 22. Parteitag am 1./2. Dezember 2008 in Stuttgart**



CDU

1 I. Die Wiedervereinigung Deutschlands

2 ***Die Friedliche Revolution***

3 1. Mit der Friedlichen Revolution von 1989 schufen die Bürger
4 der ehemaligen DDR aus eigener Kraft und im Vertrauen auf
5 Freiheit, Demokratie und Soziale Marktwirtschaft die
6 Voraussetzungen für die historische Chance zur Überwindung der
7 Teilung unseres Landes. Im Sommer 1989 kam es infolge der
8 Massenflucht nach Ungarn und in die westdeutschen Botschaften in
9 Prag und Warschau zu Demonstrationen in Großstädten wie
10 Dresden, Leipzig und Berlin. Diese Bewegung breitete sich über das
11 ganze Land aus und gipfelte in der Montagsdemonstration vom 9.
12 Oktober in Leipzig, bei der rund 70 000 Menschen auf die Straße
13 gingen. In den Forderungen „Wir sind das Volk“ und – später – „Wir
14 sind ein Volk“ drückte sich die tiefe Sehnsucht der Menschen nach
15 Demokratie, Freiheit und Einheit, aber auch die Wut auf das SED-
16 Regime aus. Die Mitglieder der Bürgerbewegung, unter ihnen
17 Arbeiter, Intellektuelle, Schüler, Studenten, trafen sich in den
18 Kirchen des Landes und protestierten gegen das Regime, bis es am
19 9. November 1989 die Mauer öffnete. Die SED wurde gezwungen auf
20 ihren Führungsanspruch zu verzichten. Im Januar 1990 fiel der
21 Beschluss, das Ministerium für Staatssicherheit aufzulösen. Im
22 März 1990 gab es die ersten freien Wahlen zur Volkskammer, durch
23 die der Weg zur Deutschen Einheit geebnet wurde. Damit war die
24 erste Freiheitsrevolution auf deutschem Boden, die gewaltlos
25 verlief, erfolgreich vollendet. Sie zählt zu den glücklichsten
26 Ereignissen der deutschen Geschichte.

27 ***Der gescheiterte Sozialismus***

28 *40 Jahre politisches Unrecht*

29 2. Die DDR wurde unter Führung des SED-Regimes auf Befehl
30 Stalins gegründet und war eine Folge des sowjetischen Sieges im
31 Zweiten Weltkrieg. Walter Ulbricht und seine Parteigenossen
32 unterdrückten rücksichtslos am 17. Juni 1953 mit Hilfe sowjetischer
33 Panzer den Freiheitswillen der Ostdeutschen und ihren Wunsch
34 nach einem wiedervereinten Deutschland. Am 13. August 1961
35 zementierte der Mauerbau die Teilung Berlins und Deutschlands auf
36 lange Zeit. Stacheldraht und Grenzregime bedeuteten nichts
37 anderes als die Inhaftierung der eigenen Bevölkerung. Daher gehört
38 zur Bilanz von 40 Jahren DDR-Diktatur auch die Verletzung der
39 Menschenrechte und die Frage nach den Opfern des massiven
40 Missbrauchs politischer Macht.

- 41 • Bis zur Wiedervereinigung registrierte die „Zentrale
42 Erfassungsstelle“ in Salzgitter ungefähr 420 000 Fälle von DDR-
43 Unrecht. Die Vorwürfe reichten von rein politisch motivierten
44 Unrechtsurteilen durch DDR-Gerichte über Misshandlungen an

45 Gefangenen und Verschleppungen durch das DDR-Regime bis
46 hin zu einer Vielzahl von politisch motivierten Tötungen an der
47 innerdeutschen Grenze.

48 • Über 950 Tote an Mauer und Stacheldraht der innerdeutschen
49 Grenze sind zu beklagen – erschossen, ertrunken, von Minen
50 zerrissen, von Splintern durchsiebt. Hinzu kommen mehrere
51 hundert ostdeutsche Flüchtlinge, die an den Außengrenzen des
52 Warschauer Paktes erschossen wurden. Schließlich gab es
53 unzählige gescheiterte Fluchtversuche, bei denen die
54 Betroffenen gefasst und zu mehreren Jahren Haft verurteilt
55 wurden.

56 • Insgesamt gab es rund 250 000 politische Gefangene in der
57 DDR. Die Haft war gekennzeichnet von nächtlichen Verhören,
58 Isolierung und Informationssperren mit Unterbrechung
59 jeglichen Kontakts zur Außenwelt und dem Zwang zu
60 gefährlichen Arbeiten. Zu den Folgen der Haft gehören heute
61 bei vielen ehemaligen Häftlingen Ängste und Depressionen
62 sowie neben körperlichen Erkrankungen auch Schlaf- und
63 Konzentrationsstörungen. Ganz zu schweigen von den
64 beruflichen Nachteilen durch versäumte oder mangelhafte
65 Ausbildung aufgrund der Haft.

66 • Freie und geheime Wahlen, Meinungsfreiheit, Reisefreiheit – die
67 Menschen- und Bürgerrechte hatten in der ehemaligen DDR
68 keine Gültigkeit. Vielmehr gab es das Ministerium für
69 Staatssicherheit (MfS) als zentrales Herrschaftsinstrument der
70 SED. Im Auftrag der SED haben noch 1989 mehr als 250 000
71 offizielle und inoffizielle Mitarbeiter die Gesellschaft
72 eingeschüchtert und Millionen Menschen ohne deren Wissen
73 kontrolliert und überwacht.

74 3. In der DDR wurden im Namen des Sozialismus, der „Diktatur
75 des Proletariats“, Millionen Menschen schikaniert, kriminalisiert
76 oder sogar getötet, nur weil sie das elementare Menschenrecht auf
77 Freiheit wahrnehmen wollten.
78 Die CDU nimmt auch ihr Schicksal als Vermächtnis, den Feinden
79 der Freiheit weiterhin entgegenzutreten.

80 Versagen der zentralen Planwirtschaft

81 4. 40 Jahre Diktatur, Unfreiheit und sozialistische Planwirtschaft
82 haben katastrophale Erblasten materieller und immaterieller Art
83 hinterlassen. Trotz hohen persönlichen Einsatzes der Menschen
84 bewirkte das sozialistische System den wirtschaftlichen Niedergang
85 der DDR. Die Menschen wurden damit auch um die Früchte ihrer
86 Aufbauleistungen nach dem Zweiten Weltkrieg gebracht. Ebenso
87 wie in der Bundesrepublik galt es, die verheerenden Zerstörungen
88 des Zweiten Weltkrieges zu beseitigen. Das erfolgte ohne Hilfe eines
89 Marshall-Planes – bei zusätzlichen Zahlungen von
90 Reparationsleistungen und bei Demontagen von Industrieanlagen

91 durch die UdSSR – unter gewaltigen Anstrengungen und
92 Entbehrungen jedes Einzelnen. Hinzu kam, dass unter der
93 Zentralverwaltungswirtschaft lange Arbeitszeiten und zusätzliche
94 Arbeitskampagnen im „Nationalen Aufbauwerk“ die Regel waren.
95 Die sozialistische Planwirtschaft als Wirtschaftsform verursachte
96 trotz der Anstrengungen der Menschen in der DDR den
97 wirtschaftlichen Bankrott, für den die Führung der SED
98 verantwortlich ist.

99 5. Es gelang dem SED-Regime jedoch, über Jahrzehnte die
100 katastrophale wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung zu
101 verschleiern. Die Menschen in Ost und West wurden kontinuierlich
102 über den tatsächlichen Zustand der DDR belogen. Erst als es keinen
103 anderen Ausweg mehr gab, leisteten die Verantwortlichen den
104 Offenbarungseid: Gerhard Schürer, der Vorsitzende der Staatlichen
105 Plankommission, fertigte im Oktober 1989 im Auftrag des SED-
106 Politbüros für Generalsekretär Egon Krenz eine ungeschminkte
107 Analyse der wirtschaftlichen Lage der DDR. Schürers
108 Plankommission überblickte wie keine andere Organisation alle
109 Vorgänge in der staatlichen Planwirtschaft und war deshalb in der
110 Lage, das wahre Ausmaß der Katastrophe zu enthüllen. Schürer
111 kam zu dem Schluss, dass der wirtschaftliche Rückstand in der
112 DDR im Vergleich mit Westdeutschland uneinholbar geworden war.
113 Zudem stellte er fest, dass aufgrund der dramatischen
114 Verschuldung im „kapitalistischen Ausland“ bereits 1990 mit einer
115 Zahlungsunfähigkeit der DDR zu rechnen war, die nur noch mit
116 drastischen Maßnahmen wie einer Senkung des Lebensstandards
117 um 25 bis 30 Prozent zu stoppen war. Dies hätte, so der nüchterne
118 Bericht, das Land „faktisch unregierbar“ gemacht.

119 6. Die DDR stand somit im Jahr 1989 kurz vor dem
120 wirtschaftlichen Zusammenbruch. Selbst grundlegende Reformen –
121 die Verwirklichung eines sogenannten „Dritten Weges“ – hätten den
122 unaufhaltsamen Niedergang nicht stoppen können. Die
123 sozialistische Planwirtschaft erwies sich als reformunfähig, hatte
124 vollkommen versagt und tief greifende Erblasten für Mensch und
125 Natur, Wirtschaft und Gesellschaft hinterlassen:

- 126 • Die durchschnittliche Nutzungsdauer der Maschinen und
127 Anlagen betrug 1988 etwa 26 Jahre. Die Lieferfristen für ein
128 Auto betragen mehr als zehn Jahre. Die allermeisten DDR-
129 Unternehmen waren gezwungen, ihre Produktion auf das
130 sozialistische Ausland auszurichten. 1990 waren nur zwei
131 Prozent der DDR-Unternehmen auf dem Weltmarkt
132 konkurrenzfähig.
- 133 • Die Produktivität der Betriebe war äußerst gering. Produktion,
134 Handel und Verwaltung waren mit Arbeitskräften überbesetzt.
135 So gab es in der DDR bereits im letzten Jahr ihres Bestehens
136 eine verdeckte Arbeitslosigkeit von 1,4 Millionen Menschen,

137 dies entsprach einer Arbeitslosenquote von ca. 16 Prozent.

138 • Das sozialistische Plansystem führte zu einer dramatischen
139 Umweltsituation. Von 10 600 km Wasserläufen waren nur rd.
140 drei Prozent sowie von 665 Seen und Talsperren etwa ein
141 Prozent ökologisch intakt. 9,6 Millionen Einwohner der DDR
142 erhielten zeitweise oder ständig qualitativ beeinträchtigtes
143 Trinkwasser. Nur 58 Prozent der Bevölkerung waren an – meist
144 noch unzureichend funktionierende – Kläranlagen
145 angeschlossen. Mit einem Gesamtausstoß von mehr als 5 Mio. t
146 Schwefeldioxid/Jahr stand die DDR weltweit an der Spitze der
147 Pro-Kopf-Luftbelastung. Mit jährlich 2,1 Mio. t Staub wies die
148 DDR die europaweit höchste Luftverschmutzung auf.

149 7. Angesichts von heruntergewirtschafteten Betrieben,
150 schlechten Arbeitsbedingungen, grauen Dörfern und Städten und
151 einer schwierigen Lage im Gesundheits- und Pflegewesen ist es
152 verständlich, dass heute selbst die schärfsten Kritiker der
153 Wiedervereinigung nicht zu einem System wie in der DDR
154 zurückkehren wollen. Vordergründige soziale Errungenschaften und
155 scheinbar sichere, jedoch unproduktive Arbeitsplätze waren nur um
156 den Preis einer Abkoppelung der DDR-Volkswirtschaft von der
157 Weltwirtschaft und des daraus resultierenden wirtschaftlichen
158 Niedergangs möglich. Die Leistungen der Sozialpolitik, auf die
159 heute die Partei „Die Linke“ so oft hinweist, beruhten nicht auf der
160 eigenen Wirtschaftskraft der DDR, sondern zum erheblichen Teil auf
161 Schulden im westlichen Ausland. Daran sollte bei heutigen
162 Diskussionen häufiger gedacht werden: Die Bevölkerung der DDR
163 ist durch den Sozialismus und die Misswirtschaft des SED-Regimes
164 um die Früchte ihres Fleißes gebracht worden.

165 ***Die Volksparteien und die „Deutsche Frage“***

166 *CDU – Garant und Motor der Wiedervereinigung seit Konrad* 167 *Adenauer*

168 8. Die CDU trat seit ihrer Gründung 1945 immer für Freiheit,
169 Einheit und das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes ein.
170 Bundeskanzler Konrad Adenauer gelang es, den freien Teil unseres
171 Vaterlandes als einen gleichberechtigten und geachteten Partner im
172 Kreis der westlichen Demokratien zu etablieren. In seiner ersten
173 Regierungserklärung zeigte er sich überzeugt, dass in Europa kein
174 wirklicher Frieden herrschen könne, solange die deutsche Teilung
175 Bestand habe. Die CDU hielt unbeirrt die deutsche Frage offen. Sie
176 tat dies auch in den 70er und 80er Jahren als sie dafür angefeindet
177 wurde. Von zentraler Bedeutung waren das Festhalten der Union an
178 der einen, ungeteilten deutschen Staatsangehörigkeit, die
179 konsequente Nicht-Anerkennung der innerdeutschen
180 Demarkationslinie als völkerrechtliche Grenze, der Widerstand
181 gegen die Umwandlung der Ständigen Vertretungen in Botschaften
182 und das Beharren auf die „Zentrale Erfassungsstelle der

183 Landesjustizverwaltungen in Salzgitter“, die Gewaltakte und
184 Menschenrechtsverletzungen in der DDR aufzeichnete. Ihre
185 vorzeitige Auflösung, die von den SPD-geführten Bundesländern
186 durch Zahlungseinstellungen erzwungen werden sollte, hätte die
187 Hoffnung der politischen Häftlinge auf Rehabilitierung zerstört und
188 die Aufarbeitung von DDR-Unrecht nach 1990 beträchtlich
189 erschwert.

190 Helmut Kohl – Kanzler der Einheit

191 9. Wie kein anderer hielt Helmut Kohl in den 80er Jahren an der
192 Erkenntnis fest, dass die Deutsche Einheit und die europäische
193 Einigung zwei Seiten einer Medaille sind. Er hat mit seiner Politik
194 eine wesentliche Voraussetzung für die Deutsche Einheit
195 geschaffen. Als die Nachricht vom Fall der Mauer um die Welt ging,
196 löste dies zwar Freude, aber auch Skepsis aus. Mit dem „Zehn-
197 Punkte-Programm zur Deutschen Einheit“ übernahm am
198 29. November 1989 Helmut Kohl die deutschlandpolitische Initiative.
199 Seine Rede vor der Dresdner Frauenkirche am 19. Dezember 1989
200 vor mehr als 100 000 Zuhörern machte deutlich, dass sich
201 Deutschland auf dem Weg zur Wiedervereinigung befand, aber
202 keinen deutschen Sonderweg gehen würde. Das Ende des Zweiten
203 Weltkrieges lag damals 44 Jahre zurück. Viele, darunter auch
204 Staats- und Regierungschefs sowie Parlamentarier in befreundeten
205 und benachbarten Ländern, hatten das Leid und den Schrecken
206 noch vor Augen, die Deutschland unter dem Hitler-Regime über die
207 Welt gebracht hatten. Es war ein Glücksfall, dass der damalige
208 Bundeskanzler Helmut Kohl bei George Bush, François Mitterand,
209 Michail Gorbatschow, Margret Thatcher und anderen Partnern und
210 Nachbarn die Zustimmung zur Deutschen Einheit erreichte. Als sich
211 die Chance bot, nutzte der damalige Bundeskanzler konsequent die
212 historische Stunde zur Wiedervereinigung. So wirkten die Friedliche
213 Revolution und das Erlangen der Zustimmung zur Wieder-
214 vereinigung, die der Kanzler der Einheit in ganz Deutschland und
215 bei unseren internationalen Freunden und Partnern erreichte, so
216 zusammen, dass innerhalb von nur 11 Monaten nach dem Fall der
217 Mauer die staatliche Einheit verwirklicht werden konnte.

218 Wandlungen der SPD: Vom Opfer des Stalinismus zum

219 Protagonisten der Zweistaatlichkeit

220 10. Die SPD erlag bei der Beurteilung der historischen Chance
221 für die Wiedervereinigung einer politischen Fehleinschätzung. Sie
222 hielt die deutsche Teilung für endgültig. Während Kurt Schumacher,
223 Willy Brandt und Helmut Schmidt – in Erinnerung an die unter dem
224 kommunistischen Druck erfolgte Vereinigung und Auflösung der
225 SPD in der Sowjetischen Besatzungszone – stets auf den
226 diktatorischen Charakter des SED-Regimes und die Notwendigkeit
227 der Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit verwiesen, wollten
228 große Teile der Sozialdemokratie seit Anfang der 80er Jahre
229 gemeinsam mit der SED die Zweistaatlichkeit besiegeln. Zwei Jahre
230 vor dem Mauerfall, am 27. August 1987, legten SPD und SED ein
231 Grundwertepapier vor, in dem die Sozialdemokraten das Ziel der

232 Wiedervereinigung faktisch aufgaben. Die SPD entwickelte mit einer
233 Partei, die die Grundrechte der Menschen in der DDR missachtete,
234 gemeinsame Wertvorstellungen. Hochrangige Repräsentanten der
235 SPD haben den Wiedervereinigungsgedanken aktiv bekämpft.
236 Damals wie heute hatte die SPD keine Probleme sich für eine Partei
237 zu öffnen, die sich zum Ziel gesetzt hat, die freiheitliche Ordnung
238 der Bundesrepublik Deutschland zu bekämpfen.

239 11. Noch wenige Monate vor dem Mauerfall diffamierten führende
240 SPD-Politiker das Streben der Union nach Wiedervereinigung.
241 Selbst während des Vereinigungsprozesses versuchte die SPD, die
242 Einheit auszubremsen. Die SPD erkannte nicht, wie wichtig das
243 Signal war, den Menschen in der DDR durch die Wirtschafts-,
244 Währungs- und Sozialunion schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt,
245 im Juli 1990, die Gewissheit zu geben, dass der Einheitsprozess in
246 unserem gemeinsamen Interesse lag. Ein Scheitern dieser Pläne
247 hätte den wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR beschleunigt –
248 mit unabsehbaren Folgen für die Menschen in beiden Teilen
249 Deutschlands. Trotzdem stimmten die SPD-geführten
250 Landesregierungen in Niedersachsen (Gerhard Schröder) und im
251 Saarland (Oskar Lafontaine) gegen den Vertrag zur Wirtschafts-,
252 Währungs- und Sozialunion, der von der Regierung Helmut Kohl zur
253 Vorbereitung der Deutschen Einheit ausgehandelt war.

254 ***Die Wiedervereinigung – Herausforderung und Ansporn***

255 12. Mit dem Sieg der von Helmut Kohl initiierten „Allianz für
256 Deutschland“ bei den ersten freien Wahlen zur DDR-Volkskammer
257 am 18. März wurde der Weg zur Einführung eines freiheitlich-
258 demokratischen Rechtsstaates und der Sozialen Marktwirtschaft
259 geebnet und demokratisch legitimiert. Von da an waren freie
260 Wahlen, Presse-, Meinungs-, Verfassungs- und
261 Demonstrationsfreiheit, Reisefreiheit oder die Freiheit der Wahl des
262 Wohnsitzes garantiert. Mit dem Einigungsvertrag vom 31. August
263 1990 zwischen beiden Staaten in Deutschland und dem 2+4-Vertrag
264 vom 12. September 1990 mit den vier ehemaligen Siegermächten
265 war der Weg zur Wiedervereinigung frei. Sie erfolgte mit dem Beitritt
266 der fünf neuen Länder und Berlin (Ost) nach Artikel 23 des
267 Grundgesetzes zum Gebiet der alten Bundesrepublik am 3. Oktober
268 1990. Doch die Herausforderungen blieben gewaltig. Der am
269 1. Juli 1990 vollzogene Schritt der Währungsunion war dabei die
270 entscheidende notwendige finanzpolitische Voraussetzung, um eine
271 wirtschaftliche Entwicklung im vereinten Deutschland zu
272 ermöglichen.

273 Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse bedeutete eine
274 grundlegende Umstellung:

- 275 • Sie begann mit der Neustrukturierung des Staatsaufbaus, die
276 eine Wiedegründung der Länder, eine Kreis- und

277 Kommunalreform sowie einen grundlegenden Neuaufbau von
278 Verwaltung, Justiz und Strafvollzug umfasste.

279 • Die Betriebe mussten aus der Verflechtung mit dem
280 Staatshaushalt und den politischen Kommandostrukturen
281 gelöst und in neue Rechtsformen und Eigentumsverhältnisse
282 überführt werden.

283 • Die gesamte Infrastruktur (Straße, Schiene, Bausubstanz,
284 Telekommunikation, Wasser- und Energieversorgung,
285 Krankenhäuser, Schulen, Turnhallen usw.) war zu sanieren und
286 teils neu zu errichten. Das Bildungs-, Forschungs- und
287 Hochschulsystem und das Gesundheitswesen mussten
288 umstrukturiert und reformiert werden.

289 • Die Ausbildung eines gemeinsamen Kerns von Grundwerten
290 und einer Solidargemeinschaft sowie der Aufbau einer
291 Bürgergesellschaft als Voraussetzung für den erfolgreichen
292 Aufbau einer freiheitlich-demokratischen Ordnung waren zu
293 entwickeln.

294 13. Eine solch gewaltige Umstellung von einer Diktatur zur
295 Demokratie und von der sozialistischen Planwirtschaft zur Sozialen
296 Marktwirtschaft stellte an die Menschen gewaltige Anforderungen.
297 Nahezu jede Familie erlebte den Verlust von Arbeitsplätzen
298 verbunden mit einer Neuorientierung im Berufsleben. Viele Ältere,
299 gerade auch Aktive der Friedlichen Revolution, waren von
300 Arbeitslosigkeit betroffen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt im
301 Betrieb zerbrach, eine Neuorientierung in der Bürgergesellschaft
302 war erforderlich. Diese radikale Veränderung der Lebensumstände
303 erforderte von den Ostdeutschen ein zweites Mal nach 1945 enorme
304 mentale und physische Anstrengungen, die sie hervorragend
305 gemeistert haben. Wir in der CDU sind stolz auf den großen Einsatz
306 und die starken Leistungen der Menschen in den ostdeutschen
307 Ländern. „Die Linke“, die in ihren Programmen wieder offen für den
308 Systemwechsel und die Überwindung unserer freiheitlich-
309 demokratischen Grundordnung und der Sozialen Marktwirtschaft
310 eintritt, hat entgegen eigenen Bekundungen offensichtlich nichts
311 aus der Geschichte gelernt. Die CDU wird ihren Kampf gegen
312 sozialistische Experimente jeglicher Art fortsetzen.

313 **20 Jahre nach der Wiedervereinigung –**
314 **nostalgische Verklärung der DDR**

315 14. Die Partei „Die Linke“, die direkte Nachfolgerin der für
316 Unterdrückung und Bespitzelung verantwortlichen SED, propagiert
317 ein Geschichtsbild, das die DDR als sozialpolitisches
318 Großexperiment und nicht als menschenverachtendes totalitäres
319 System zeichnet. Der Slogan „Freiheit durch Sozialismus“ zeigt den
320 Zynismus der „Linken“: Diese Parole leugnet das Leid, die

321 Unterdrückung, die Verfolgung und den wirtschaftlichen Misserfolg,
322 den der Sozialismus für viele Menschen in der früheren DDR mit
323 sich brachte.

324 15. Für die CDU ist klar: Wer unsere Gesellschaftsordnung
325 überwinden will und nicht auf dem Boden unserer freiheitlichen
326 Grundordnung steht, kann kein Partner von demokratischen
327 Parteien werden. Das gilt uneingeschränkt für rechtsradikale und
328 linksradikale Parteien. Wir lehnen die Zusammenarbeit mit der
329 Partei „Die Linke“, den politischen Erben der totalitären SED, ab.
330 20 Jahre nach dem Ende der DDR darf es kein Vergessen und
331 Verdrängen geben.

332 16. Immer wieder gelingt es, die kommunistische Diktatur sowie
333 die katastrophale soziale und wirtschaftliche Situation in den
334 Hintergrund zu drängen. Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit
335 wird der Versuch unternommen, Geschichte umzudeuten. Wer von
336 einer „kommoden Diktatur“ oder dem „undemokratischen
337 Rechtsstaat“ und nicht von den Unterdrückungsapparaten der SED-
338 Diktatur spricht, wird auf den konsequenten und entschlossenen
339 Widerspruch der CDU treffen.

340 ***Aufklärung über DDR-Unrechtsregime verstärken – wider das***
341 ***Vergessen und Verdrängen***

342 *Erinnerungskultur stärken*

343 17. Zusätzlich zum Gedenken an die Opfer des
344 Nationalsozialismus und des Holocaust gehört für die CDU auch
345 das Gedenken an die Opfer der Diktatur der SED zu den
346 konstitutiven Elementen des wiedervereinigten Deutschlands. Von
347 zentraler Bedeutung sind daher Gedenkstätten an den
348 authentischen Orten, welche die Erinnerung an die Opfer und die
349 Folgen ideologischer Politik als Mahnung für die Zukunft wach
350 halten. Dafür ist von Bund und Ländern eine ausreichende und
351 dauerhafte Finanzierung zu leisten.

352 18. Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 und die Friedliche
353 Revolution vom Herbst 1989 sind Ereignisse der deutschen
354 Geschichte, die fester und wahrnehmbarer Bestandteil in der
355 Erinnerungskultur der Bundesrepublik sein müssen. Der Friedlichen
356 Revolution vom Herbst 1989 als einzige erfolgreiche
357 Freiheitsrevolution der Deutschen Geschichte kommt dabei eine
358 zentrale Bedeutung zu. Sie mündeten in den ersten freien
359 Volkswahlwahlen am 18. März 1990, durch die der Weg zur
360 Deutschen Einheit geebnet wurde.

361 • Als sichtbaren Ausdruck setzt sich die CDU für die Errichtung
362 eines Nationalen Freiheits- und Einheitsdenkmals auf dem
363 Berliner Schlossplatz ein.

364 • Wir unterstützen die Errichtung eines Freiheits- und
365 Einheitsdenkmals in Leipzig.

366 • In einem zentralen Museum der Deutschen Einheit in Berlin
367 (Tränenpalast) sollen unter Verantwortung des "Hauses der
368 Geschichte" die Ereignisse der Friedlichen Revolution und die
369 Geschichte der Wiedervereinigung nachgezeichnet werden.

370 19. Gedenkstätten sind Denkmale und Orte des Trauerns,
371 Erinnerns und Gedenkens, Orte der Forschung und Orte der
372 historisch-politischen Bildung. Deshalb ruft die CDU die Länder, die
373 Kommunen und Kreise dazu auf, Orte der Erinnerung zu erhalten,
374 Museen in den ehemaligen Stasi-Gefängnissen einzurichten und
375 das Gedenken an die Opfer wach zu halten.

376 20. Die ehemalige deutsch-deutsche Grenze und die Berliner
377 Mauer waren die sichtbaren Zeichen der Spaltung Deutschlands
378 und der Unterdrückung sowie Symbol der Brutalität des SED-
379 Regimes, das ohne solche Grenzen nicht bestehen konnte. Die CDU
380 setzt sich dafür ein, dass die entlang der ehemaligen
381 innerdeutschen Grenze noch vorhandenen
382 „Grenzbefestigungsanlagen“ unter Denkmalschutz gestellt und
383 erhalten bleiben, damit die Grausamkeit dieser Grenze der
384 deutschen Teilung in der vollen Dimension nachfolgenden
385 Generationen erklärt werden kann. Dieses heutige „Grüne Band“
386 bleibt eine „Grüne Narbe“ für unser Land und unsere Geschichte.
387 Deshalb müssen die Grenz Museen in ihrer Arbeit unterstützt und
388 zuverlässig von Bund und Ländern finanziert werden.

389 21. Der wertvolle Erfahrungsschatz der Zeitzeugen soll in den
390 Archiven der Länder und des Bundes dokumentiert und der
391 Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Diese Zeitzeugen
392 leben in den alten und den neuen Ländern. Unter ihnen gibt es viele
393 Menschen, die unter Einsatz ihres Lebens die DDR verlassen haben
394 oder freigekauft wurden und in den alten Ländern eine neue Heimat
395 gefunden haben. Auch ihre Erfahrung gehört zum Fundus der
396 deutsch-deutschen Geschichte. Eine intensive Befragung von
397 Zeitzeugen, insbesondere von Opfern, soll begonnen werden, um
398 der zunehmenden Verklärung der DDR-Geschichte
399 entgegenzutreten. Die Forschung zur Geschichte des geteilten
400 Deutschlands ist zu fördern.

401 Lebendige Geschichte der DDR in den Lehrplänen verankern
402 22. Die Geschichte der deutschen Teilung und der SED-Diktatur
403 müssen zentraler Inhalt des Schulunterrichts in ganz Deutschland
404 werden. Es mangelt nicht an wissenschaftlichen Ergebnissen,
405 Veröffentlichungen und Analysen, die hierfür die Grundlage sein
406 können.

407 • Die CDU fordert, die deutsche Teilung, das SED-Unrecht und
408 die Friedliche Revolution als verbindliche Inhalte des

409 Unterrichts in die Rahmenpläne des Fachs Geschichte der
410 Sekundarstufen I und II aufzunehmen.

411 • In den Schulunterricht sind verstärkt Zeitzeugen zu Gesprächen
412 einzuladen, die den Unterdrückungsapparat der DDR
413 verdeutlichen sollen. Der 17. Juni soll als Zeitzeugentag
414 eingeführt werden. An diesem Tag sollen in ganz Deutschland
415 Zeitzeugen in Schulen eingeladen werden, um mit Schülerinnen
416 und Schülern über ihre Erfahrungen zu diskutieren.

417 • Schülern soll die Gelegenheit gegeben werden, authentische
418 Plätze, Ausstellungen und Gedenkstätten zu besuchen, die an
419 die jüngere deutsche Geschichte erinnern. Wir wollen, dass
420 hierzu Fahrtkostenzuschüsse für Klassenfahrten zu
421 Gedenkstätten und -orten für Opfer der Deutschen Geschichte
422 bereitgestellt werden.

423 Lehrstuhl DDR-Unrecht

424 23. Die CDU setzt sich dafür ein, dass ein Lehrstuhl zur Erforschung
425 und wissenschaftlichen Aufarbeitung des DDR-Unrechtsregimes an
426 einer Berliner Universität dauerhaft etabliert wird. Seine Aufgabe
427 wird es sein, in Lehre und Forschung die Wirkmechanismen der
428 SED-Diktatur und ihre Folgen für die Menschen in der DDR zu
429 behandeln. Darüber hinaus gilt es, die Rolle und Bedeutung der
430 DDR für die deutsche Teilungsgeschichte besser herauszuarbeiten.
431 Eine zentrale Aufgabe dieser Professur wird es sein, die
432 wissenschaftliche und öffentliche Debatte über die zweite Diktatur
433 in Deutschland dauerhaft zu führen. Berlin ist wie keine andere
434 Stadt in Deutschland als Standort für einen solchen Lehrstuhl
435 geeignet, denn hier befanden sich die wichtigsten Institutionen des
436 Unterdrückungsapparates und hier haben die zentralen Archive von
437 SED und MfS ihren Sitz.

438 Mehr Gewicht in den Medien für Aufarbeitung der DDR-Geschichte

439 24. Filme wie „Das Leben der Anderen“, „Die Frau vom
440 Checkpoint Charlie“ oder das „Wunder von Berlin“ haben ein
441 bemerkenswertes Echo in ganz Deutschland gefunden. Die
442 Diskussion zwischen Generationen, Regionen, Opfern,
443 Nichtbetroffenen und Betroffenen kann zur inneren Einigung
444 Deutschlands entscheidend beitragen.

445 • Die CDU setzt sich dafür ein, dass Filmproduktionen, die sich
446 mit Themen der DDR-Aufarbeitung auseinandersetzen, durch
447 die deutsche Filmförderung unterstützt werden.

448 • Die Union sieht es als Aufgabe der öffentlich-rechtlichen
449 Rundfunkanstalten, die Zusammengehörigkeit im vereinigten
450 Deutschland zu fördern. Deshalb sollen ARD und ZDF für
451 Berichte über Gedenktage, wie dem Tag der Deutschen Einheit,
452 feste Programmplätze zur Hauptsendezeit einräumen.

453 Entschädigung der Opfer des SED-Regimes

454 25. Am 29. August 2007 ist das 3. Gesetz zur Verbesserung
455 rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für die Opfer der politischen
456 Verfolgung in der ehemaligen DDR in Kraft getreten. Auf Initiative
457 der CDU ist es gelungen, eine Opferpension einzuführen. Jährlich
458 stellen die öffentlichen Haushalte mehr als 126 Mio. EUR zur
459 Verbesserung der Situation von SED-Opfern bereit. Dies ist ein
460 Schritt zur Wiedergutmachung von Unrecht. Er bedeutet jedoch
461 nicht das Ende unserer Bemühungen, Ungerechtigkeiten zu
462 beseitigen, die während der DDR-Zeit oder im Zuge der
463 Rechtsangleichung seit 1990 entstanden sind.

464 **II. Der Aufbau seit 1989/90 – eine Zwischenbilanz**

465 ***Aufbau Ost – Leistungen und Erfolge von Ost und West***

466 26. Beim Aufbau der neuen Länder wurde Großartiges geleistet.
467 Die große Mehrheit der Menschen in den neuen Ländern bekennt
468 sich zu den Prinzipien unserer Demokratie und zum Grundgesetz.
469 Der Rechtsstaat hat sich bewährt. Der Föderalismus findet große
470 Unterstützung. Die starken regionalen Identitäten in den Ländern
471 Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin und
472 Mecklenburg-Vorpommern erwiesen sich als Kraftquell, der sich
473 aus den historischen und kulturellen Leistungen dieser Kernländer
474 der Reformation, der Aufklärung, der deutschen Klassik und der
475 industriellen Revolution speist. Zugleich bleibt unser Vaterland in
476 der westlichen Wertegemeinschaft fest verwurzelt.

477 Die bisherige Bilanz, gerade im Bereich der politischen
478 Institutionen, der Justiz und in den Bereichen Gesundheit, Umwelt,
479 Hochschule, Bildung, Wissenschaft, Bürgergesellschaft,
480 Infrastruktur und Wirtschaft ist reich an Erfolgsgeschichten. Heute
481 rangieren Städte wie Dresden, Jena, Leipzig und Potsdam unter den
482 bundesweit besten Standorten. Es haben sich Wissenschafts-,
483 Produktions- und Technologiezentren mit innovativen Produkten
484 entwickelt, die im weltweiten Wettbewerb gut bestehen können. Wir
485 sind überzeugt, dass die Menschen in Ost und West die Energie, die
486 Kraft und die Solidarität mitbringen, den eingeschlagenen Weg
487 fortzusetzen. Die Deutschen haben Grund zur Dankbarkeit und
488 Freude.

489 Seit 1990 haben sich die neuen Länder grundlegend verändert:

- 490 • Das war möglich, weil die Menschen in Ostdeutschland
491 erhebliche Umstellungs- und Anpassungsprozesse mit großem
492 Engagement gemeistert und eine bemerkenswerte
493 Aufbauleistung vollbracht haben.

494 • Das war möglich, weil die Menschen im Westen zu nationaler
495 Solidarität bereit waren und den Wiederaufbau aktiv materiell
496 und mental unterstützt haben.

497 • Das war möglich, weil die unionsgeführte Bundesregierung in
498 den entscheidenden Jahren nach der Wiedervereinigung die
499 richtigen Weichenstellungen vornahm.

500 • Das war möglich durch die Transferleistungen von vielen
501 hundert Milliarden Euro, die einen einmaligen Wiederaufbau
502 bewirkten.

503 Wirtschaftlicher Aufbau

504 27. Nachdem tausende Landbesitzer und Betriebe in der SBZ
505 entschädigungslos enteignet worden waren, wurden nach der
506 Wiedervereinigung in den neuen Ländern eine Vielzahl von kleinen
507 und mittleren Unternehmen neu gegründet oder angesiedelt, die
508 auch Zulieferungen für Betriebe der Automobilindustrie, der
509 Elektrotechnik, des Feingerätebaus, der Sensortechnik und vieler
510 anderer Zweige leisten. Häufig haben Existenzgründer dies aus
511 eigener Kraft geschafft. Als besonders stabil haben sich die
512 Unternehmen erwiesen, die als Existenzgründungen aus
513 Forschungseinrichtungen und Hochschulen heraus agierten. Sie
514 bieten völlig neue Produkte an, die durch Innovationen
515 gekennzeichnet sind und deshalb guten Absatz auf dem Weltmarkt
516 finden. Diese Stärke der neuen Länder gilt es weiter auszubauen.

517 28. Diese Entwicklungen haben Zukunft und schaffen Zukunft.
518 Richtig ist aber auch, dass eine selbsttragende
519 Wirtschaftsentwicklung noch nicht erreicht wurde. Auch im zweiten
520 Jahrzehnt nach der Wiedervereinigung leidet die wirtschaftliche
521 Entwicklung an den Folgen der sozialistischen Misswirtschaft und
522 der deutschen Teilung. Grund zur Zuversicht gibt aber, dass im
523 Sommer 2008 die niedrigste Arbeitslosenquote seit 1991 in den
524 neuen Ländern registriert wurde. Die Zahl der Arbeitsplätze steigt
525 stärker als im Westen. Allerdings liegt das Wachstum derzeit noch
526 unter dem Westniveau und wird dieses frühestens 2010 erreichen.
527 Das Steueraufkommen der neuen Länder deckt nicht einmal die
528 Hälfte der Ausgaben der öffentlichen Hand. Die ostdeutschen
529 Länder müssen auch bei der Wirtschaftskraft schnell weiter
530 aufholen, weil dies die Basis für mehr Arbeitsplätze und höhere
531 Löhne darstellt. Zudem können die Länder in Ostdeutschland
532 dadurch ihre Position als Empfängerländer des Finanzausgleiches
533 verlassen. Insbesondere die CDU-geführten Landesregierungen in
534 den neuen Ländern haben in den letzten fast zwei Jahrzehnten die
535 richtigen Rahmenbedingungen hierfür geschaffen.

536 Moderne Infrastruktur

537 29. Der Ausbau einer leistungsfähigen Infrastruktur ist eine
538 zentrale Voraussetzung, um Wachstum, Beschäftigung und damit
539 Wohlstand und Lebensqualität der Bürger zu sichern. Nie zuvor in

540 der Geschichte wurde innerhalb so kurzer Zeit die gesamte
541 Infrastruktur eines Landes so tief greifend modernisiert. In den
542 neuen Ländern gehören die Telekommunikationsnetze zu den
543 modernsten der Welt. Im Zeitraum von 1991 bis 2006 wurden in die
544 Schienenwege, die Bundesfern- und Wasserstraßen sowie im
545 Rahmen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes in den neuen
546 Ländern 67 Mrd. EUR investiert. Von besonderer Bedeutung ist
547 hierbei der zügige Abschluss der 17 Verkehrsprojekte Deutsche
548 Einheit, die den Menschen in Ost und West zugute kommen.

549 In allen neuen Ländern wurden flächendeckend Gewerbegebiete
550 ausgewiesen, Technologie- und Gründerzentren errichtet und die
551 Sanierung von Industrieanlagen vorangetrieben.

552 Umweltverschmutzung beseitigt

553 30. Die Belastung der Luft mit Schwebstaub konnte um 77
554 Prozent gesenkt werden. Die Schwefeldioxydbelastung ging um 52
555 Prozent zurück. Altlasten wurden gesichert, gefährliche
556 Abfallentsorgungsanlagen geschlossen. Das gesamte Müllsystem
557 wurde auf Entsorgung umgestellt. Die sechs Kernkraftanlagen
558 sowjetischer Bauart wurden aus Sicherheitsgründen vom Netz
559 genommen. Rund 90 Prozent der Sanierung der
560 „Braunkohlealtlasten“ sind erledigt. Das Gebiet um Ronneburg, in
561 dem Uran abgebaut wurde, ist in einer einmaligen Weise saniert
562 worden. Die Gesundheitsgefahren, die von Luft, Wasser und Boden
563 ausgingen, sind beseitigt.

564 Städte und Gemeinden

565 31. Die Sanierung der Innenstädte erfolgte unter sorgfältiger
566 Erhaltung denkmalgeschützter Altbausubstanz, dabei spielt an
567 vielen Orten die Sanierung von Kirchen eine herausragende Rolle.
568 Gleichzeitig wird großer Wert für eine gelungene Verbindung von
569 Altbausaniierung zu moderner Architektur gelegt. Die Dörfer haben
570 wieder ein farbiges Gesicht dank des Dorferneuerungsprogramms.
571 Wasser und Abwasseranlagen wurden erneuert.

572 Leistungsfähige Schulen, Hochschulen und

573 Forschungseinrichtungen

574 32. Für die SED-Führung war die „Volksbildung“ von
575 entscheidender gesellschaftspolitischer Bedeutung. Hier sollte der
576 neue Mensch im Verständnis des marxistisch-leninistischen
577 Sozialismus erzogen werden. Deshalb war eine grundlegende
578 Reform des Schulsystems eine der vordringlichen Aufgaben, die ab
579 1990 zügig von den Ländern durchgeführt wurde. Dabei stand die
580 Entwicklung neuer Schultypen für die Klassen 5 bis 10 im
581 Mittelpunkt, die die positiven Erfahrungen aus Ost und West
582 berücksichtigt haben. Das Gymnasium mit Abitur wurde eingeführt.
583 Die konkrete Ausgestaltung der Schultypen richtete sich nach den
584 besonderen Vorstellungen in den jeweiligen Bundesländern. Überall
585 erhielten Schulen und Lehrer größere Freiräume bei der Gestaltung

586 des Unterrichts. Die Lehrpläne und Lehrinhalte, die auf den
587 Grundwerten eines freiheitlichen Staates aufbauten, wurden neu
588 festgelegt. Die CDU-geführten Länder Sachsen und Thüringen
589 belegen heute vordere Plätze im PISA-Ranking, ein Beweis für den
590 erfolgreichen Neuaufbau des Schulsystems.

591 33. Die Reform und der strukturelle Umbau des
592 Hochschulsystems wurden zügig vorangetrieben und konnten
593 bereits 1994 abgeschlossen werden. Mittlerweile ist ein attraktives
594 und differenziertes Angebot an Universitäten und Fachhochschulen
595 entstanden. Heute verfügen die neuen Länder über 56 Hochschulen,
596 davon 18 Universitäten und 26 Fachhochschulen. Während in der
597 DDR vor allem die Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften
598 starkes Gewicht hatten, wurden die Angebote in den sozial- und
599 geisteswissenschaftlichen Fächern erheblich gesteigert. Die neu
600 eingerichteten Studiengänge zeichnen sich durch gute
601 Strukturierung, Studierbarkeit und Interdisziplinarität aus. Die
602 Mehrzahl der Studenten in den neuen Ländern schließt das Studium
603 in der Regelstudienzeit ab. Seit 1990 wurden deutlich mehr als 11
604 Mrd. EUR (einschl. Berlin) in den Hochschulausbau investiert. Es ist
605 eine international konkurrenzfähig ausgestattete
606 Hochschullandschaft entstanden, die allerdings noch besonderer
607 Förderung bedarf, um an die Eliteuniversitäten anzuschließen.
608 Besonders hervorzuheben ist die Neuerrichtung der Institute der
609 Max-Planck-Gesellschaft, der Leibniz-Gemeinschaft, der Fraunhofer
610 Gesellschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft, die eine stabile
611 außeruniversitäre Forschungslandschaft in den neuen Ländern
612 etabliert haben. Mit hervorragenden Forschungsergebnissen auf
613 dem Gebiet des Klimaschutzes, der Informations- und
614 Nanotechnologie sowie der Lebenswissenschaften stärken sie das
615 Ansehen der neuen Länder.

616 Erneuerung des Gesundheitssystems

617 34. In allen neuen Ländern wurden neue Kliniken, Krankenhäuser
618 und Rehabilitationseinrichtungen errichtet. Die öffentliche Hand
619 einschließlich der Kranken- und Pflegekassen werden von Mitte der
620 90er Jahre bis zum Ende dieses Jahrzehnts rd. 10 Mrd. EUR in den
621 Auf- und Ausbau des Gesundheitswesens Ost investiert haben.
622 Diese Summe charakterisiert den ungeheuren Nachholbedarf, der
623 gerade auf diesem Sektor vorhanden war. Doch hat heute jeder
624 Zugang zur Hochleistungsmedizin. Die Lebenserwartung in Ost und
625 West ist wieder gleich hoch.

626 Armee der Einheit

627 35. Schneller als jede andere staatliche Institution war die
628 Bundeswehr in allen Landesteilen präsent. Fast 11 000 Soldaten der
629 Nationalen Volksarmee der DDR wurden in die Bundeswehr als Zeit-
630 und Berufssoldaten integriert. Mit enormem Aufwand wurden die
631 Kasernen in den neuen Ländern modernisiert und
632 Truppenübungsplätze ökologisch saniert. An den Standorten der

633 Bundeswehr entstanden Tausende von Arbeits- und
634 Ausbildungsplätzen.

635 Heute leisten Soldatinnen und Soldaten aus den ost- und aus den
636 westdeutschen Ländern wie selbstverständlich einen gemeinsamen
637 Dienst. Die Einheit ist in der Bundeswehr im Wesentlichen erreicht.
638 Damit war die Bundeswehr ein Schrittmacher der Einheit unseres
639 Landes. Sie ist die „Armee der Einheit“.

640 Starke Bürgergesellschaft

641 36. Während der SED-Diktatur wurde fast ein Viertel der
642 Bevölkerung aus dem Land getrieben. Gezielt hatte die SED den
643 Mittelstand zerstört. Die Gesellschaft erlebte einen historisch
644 einmaligen Verlust ihrer bürgerlichen Mittelschichten. Für die Union
645 gehören die Unterstützung von Vereinen und die Förderung des
646 Ehrenamts zu den fundamentalen Anliegen christlich
647 demokratischer Politik. Dass es gelungen ist, in 40 Jahren
648 Sozialismus und Diktatur grenzüberschreitende Familien- und
649 Freundschaftsbeziehungen sowie kirchliche Bindungen zu erhalten,
650 ist eine der großen Leistungen der Menschen während der Teilung.
651 Was heute in Heimatvereinen, Feuerwehrvereinen, Musikvereinen,
652 Kirchengemeinden, Selbsthilfegruppen und Sportvereinen an
653 persönlichem, freiwilligem Engagement von den Bürgerinnen und
654 Bürgern eingebracht wird, war 1989/90 nicht vorstellbar. Die Union
655 wird sich weiterhin für die Stärkung aller Ausdrucks- und
656 Organisationsformen des bürgerschaftlichen Engagements auf der
657 Kommunal- und Landesebene einsetzen.

658 **III. Perspektiven für das 21. Jahrhundert – Ziele der Union**

659 ***Wirtschaftliche Entwicklung stärken***

660 37. Der Aufbau Ost befindet sich auf einem guten Weg. Seit Ende
661 des Jahres 2005, das die erneute Übernahme einer unionsgeführten
662 Regierung markiert, hat sich die wirtschaftliche Situation in ganz
663 Deutschland und auch in den neuen Ländern spürbar verbessert.
664 Der Aufschwung führte bereits im Jahre 2006 zu einer Reihe
665 positiver Entwicklungen, wie etwa dem kräftigen Wachstum im
666 verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe, in den Bereichen Handel,
667 Gastgewerbe und Verkehr oder der Neuansiedlung von
668 Großunternehmen. Diese Entwicklungen haben sich seitdem
669 fortgesetzt. Es gilt nun, sie durch eine nachhaltige, anreizorientierte
670 Wachstumspolitik weiter zu stärken.

671 38. 20 Jahre nach dem Mauerfall ist die erste Generation ins
672 Berufsleben eingetreten, die im vereinten Deutschland geboren
673 wurde. Für diese Generation ist die Einheit von Ost und West eine
674 Selbstverständlichkeit. Es ist das zentrale Anliegen der CDU, die
675 künftigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen
676 Herausforderungen aus einer gesamtdeutschen Perspektive zu

677 betrachten. Die wettbewerbsschwachen Regionen in Ost- und
678 Westdeutschland sollen mittelfristig zu den wettbewerbsstarken
679 Regionen in Europa aufschließen. Strukturschwachen und
680 ländlichen Regionen müssen Entwicklungsperspektiven aufgezeigt
681 werden. Dabei ist es wichtig, bestehende Standortvorteile zu
682 bewahren.

683 Mehr Arbeitsplätze schaffen

684 39. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich unter der
685 unionsgeführten Bundesregierung deutlich entspannt. In den
686 letzten drei Jahren ist die Zahl der Arbeitslosen über 1,6 Mio.
687 zurückgegangen, davon allein 500 000 in den neuen Ländern.
688 Trotzdem sind immer noch zu viele Menschen ohne Arbeit – in
689 Ostdeutschland ist die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt mehr als
690 doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Eine besonders wichtige
691 Aufgabe bleibt die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit.

692 Attraktive Rahmenbedingungen für Unternehmensansiedlungen

693 40. Durch Unternehmensansiedlungen entstehen neue
694 Arbeitsplätze. Daher setzen wir uns dafür ein, dass Bund, Länder
695 und Gemeinden in strukturschwachen Regionen in Ost und West
696 die Rahmenbedingungen für Unternehmensansiedlungen weiter
697 verbessern und die begonnenen Reformen konsequent
698 weiterführen. Dazu gehören eine funktionierende Infrastruktur sowie
699 ein wettbewerbsfähiges Steuersystem ebenso wie eine
700 zielgerichtete, auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtete
701 Förderpolitik. Innovations- und Investitionsförderung sind der
702 Schlüssel dafür. Zudem ist ein besonderes Augenmerk auf die
703 Förderung von regionalen Netzwerken zu legen.

704 41. Wichtig für die erfolgreiche Ansiedlung von Unternehmen ist
705 zudem das Angebot qualifizierter Arbeitskräfte, das wir mit einer
706 konsequenten Förderung von Aus- und Weiterbildung und einer
707 Stärkung der Universitäten, Fachhochschulen und von
708 Berufsschulen erhöhen wollen. Darüber hinaus ist ein effektives
709 Standortmarketing notwendig, das auch über Ländergrenzen
710 hinweg koordiniert wird. Deshalb hat die unionsgeführte
711 Bundesregierung die Standortmarketingagentur „Invest in
712 Germany“ erfolgreich weiterentwickelt.

713 Ländlicher Raum

714 42. Entscheidende Impulse für die Entwicklung des ländlichen
715 Raums kommen aus den Regionen und von den Kommunen selbst.
716 Bund und Länder können und müssen im Sinne einer
717 koordinierenden Politik unterstützend tätig sein.

718 Der ländliche Raum braucht eine innovative und leistungsstarke
719 Landwirtschaft, die hochwertige Lebensmittel erzeugt. Dieses
720 Bekenntnis muss auch bei der Reform der EU-Agrarpolitik
721 handlungsleitend sein. Die Union wird sich immer dafür einsetzen,

722 dass bei der Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik die Chancen
723 aller Formen landwirtschaftlicher Betriebe gewährleistet bleiben.

724 Betriebe und Naturschutz müssen zusammenarbeiten, denn
725 Wirtschaft und Umweltschutz sind keine Gegensätze. Klimaschutz
726 lässt sich am besten mit Spitzenforschung und Umwelttechnologie
727 vorantreiben.

728 43. Wir wollen die Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe
729 „Agrarstruktur und Küstenschutz“ aufstocken und zu einer
730 Gemeinschaftsaufgabe zur Gestaltung des ländlichen Raums
731 weiterentwickeln.

732 44. Der Tourismus im ländlichen Raum stellt zugleich einen
733 wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Neue Gästepotenziale müssen
734 erschlossen werden. Beispiele hierfür sind der Gesundheits- und
735 Sporttourismus. Die CDU unterstützt die Initiativen zur Erweiterung
736 des Angebots an Radwegen, Reitwegen, Camping- und
737 Caravanplätzen, Wanderwegen und Lehrpfaden.

738 45. Notwendig ist eine flächendeckende Anbindung des
739 ländlichen Raums an moderne Hochgeschwindigkeits-Datennetze,
740 etwa durch entsprechende Breitbandverkabelung.

741 ***Förderinstrumente erhalten und weiterentwickeln***

742 *Solidarpakt II*

743 46. Der bis 2019 laufende Solidarpakt II ist ein herausragendes
744 Beispiel für eine patriotische Kraftanstrengung der Menschen in
745 ganz Deutschland. Wir setzen uns dafür ein, dass die bis 2019
746 zugesagten Mittel von 156 Mrd. EUR unverändert und in vollem
747 Umfang für die neuen Länder eingesetzt werden. Gleichzeitig ist
748 selbstverständlich, dass sie diese Mittel zweckgerecht für eine
749 Schließung der noch bestehenden Infrastrukturlücken, gezielte
750 Investitionsförderungen und zum Ausgleich der
751 unterproportionalen Finanzkraft der Kommunen verwenden. Nur so
752 können die eingesetzten Mittel ihr Ziel erreichen, die
753 Wettbewerbsfähigkeit Ostdeutschlands zu erhöhen.

754 47. Zum Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 ist es an der
755 Zeit, Bilanz über das durch den Solidarpakt in den neuen Ländern
756 Erreichte zu ziehen. Ausgerichtet an der in Abstimmung mit der
757 Europäischen Union (EU) erstellten Landkarte der
758 Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftskraft von Regionen im
759 gesamten Bundesgebiet wollen wir die regional- und
760 wirtschaftspolitischen Förderinstrumente in Ost und West neu
761 justieren.

762 48. Nach einer ganzen Generation der Solidarität zwischen West
763 und Ost muss von 2019 an eine gesamtdeutsche Solidarität

764 zugunsten der schwächsten Regionen in Deutschland gezeigt
765 werden. Deshalb setzt sich die CDU dafür ein, dass wirtschaftlich
766 schwache Regionen in den neuen und in den alten Ländern
767 gleichermaßen Solidarität und Förderung erfahren. Aufgrund der bis
768 dahin erreichten Erfolge wird in den ostdeutschen Ländern eine in
769 manchen Bereichen mit den westdeutschen Ländern vergleichbare
770 Wirtschaftskraft erreicht sein, auf die sie zu Recht stolz sein
771 werden. Nach wie vor bleibt der Osten Deutschlands auch dann
772 aufgrund des hohen Nachholbedarfs zu großen Teilen besonders
773 förderungswürdig. Die strukturschwachen Regionen im Westen
774 müssen 30 Jahre nach der Einheit dieselben Rahmenbedingungen
775 erhalten.

776 Investitionszulage

777 49. Das wirtschaftliche Gefälle zwischen Ost und West ist trotz
778 des Aufholprozesses, der eingesetzt hat, noch sehr groß.
779 Hauptinstrumente für die Wirtschaftsförderung in den letzten
780 Jahren waren die Investitionszulage und die Gemeinschaftsaufgabe
781 „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA). Bis zum
782 Jahr 2013 sind die neuen Länder Ziel 1-Fördergebiete der EU. Dieser
783 Zeitraum muss intensiv genutzt werden, um die Schere zwischen
784 Ost und West in der Industriedichte weiter zu schließen. Darum ist
785 die Fortführung der Investitionszulage über das Jahr 2009 hinaus
786 notwendig. Für alle ostdeutschen Länder wollen wir die 2009
787 auslaufende allgemeine Investitionszulage bis 2013 verlängern und
788 degressiv ausgestalten. Der jetzt vorgelegte Vorschlag der
789 unionsgeführten Bundesregierung wird dazu beitragen, gute
790 Voraussetzungen für mehr Wirtschaftskraft und mehr Arbeitsplätze
791 zu schaffen.

792 Gemeinschaftsaufgabe

793 50. Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen
794 Wirtschaftsstruktur“ (GA), die vom Bund und den Ländern getragen
795 wird, ist ein Erfolg. Sie hat von 2004 bis 2006 allein in
796 Ostdeutschland rund 22,7 Mrd. EUR an Investitionen in die
797 gewerbliche Wirtschaft angestoßen. Dadurch wurden ca. 260 000
798 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert. Die GA wollen wir daher
799 auf einem hohen Niveau fortsetzen.

800 51. Zunächst bis 2013 sind Fördergebiete und
801 Förderbedingungen der GA festgelegt. Dabei werden die
802 Fördergebiete nach bundesweit einheitlichen Indikatoren ermittelt.
803 Aus diesen Kriterien ergibt sich gegenwärtig noch ein besonderer
804 Schwerpunkt in Ostdeutschland. Die CDU setzt sich dafür ein, dass
805 die Förderung auch weiterhin anhand bundesweit einheitlicher
806 Indikatoren erfolgt und dass dieses Verfahren auch auf andere
807 Förderprogramme ausgedehnt wird. In dem Maße, wie sich
808 strukturschwache Regionen in den ostdeutschen Ländern
809 überproportional gut entwickeln, wird es dabei auch zu einer
810 veränderten Verteilung der Fördermittel zwischen den
811 westdeutschen und den ostdeutschen Ländern kommen. Mit einer

812 solchen bewährten Feinststeuerung besteht eine gute Grundlage für
813 die Weiterführung der GA über 2013 hinaus.

814 52. Auch nach 2013 brauchen wir mit der Gemeinschaftsaufgabe
815 ein schlagkräftiges, passgenaues Instrument, das die Belange der
816 ostdeutschen und gleichzeitig der strukturschwachen
817 westdeutschen Länder berücksichtigt.

818 Kapitalversorgung erleichtern

819 53. Der weitaus größte Teil der in Deutschland ansässigen
820 Unternehmen gehört zu den kleineren und mittleren Unternehmen
821 (KMU). Das gilt für Deutschland insgesamt, aber insbesondere für
822 Ostdeutschland, wo nur wenige Großbetriebe ansässig sind. Die
823 KMU stellen mit insgesamt etwa 87 Prozent weitaus mehr
824 Arbeitsplätze als die Großbetriebe. Damit sind sie die tragende
825 Säule unseres Wirtschaftsystems und der Motor des
826 Wirtschaftswachstums. Um die Gründung und auch die Expansion
827 solcher Unternehmen zu erleichtern, müssen Hürden bei der
828 Kapitalbeschaffung für dringend notwendige Investitionen beseitigt
829 werden. Der CDU ist bewusst, dass ein einfacher Zugang zu
830 Fremdkapital für die Entwicklung der Unternehmenszahl und -größe
831 entscheidend ist. In diesem Zusammenhang wollen wir z. B., dass
832 die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) eng mit den Förderbanken
833 der Länder vor Ort zusammenarbeitet, um die Kapitalversorgung für
834 KMU zu verbessern. Der Zugang zu Risikokapital muss verbessert
835 werden.

836 **Entbürokratisierung vorantreiben**

837 54. Komplizierte Genehmigungsverfahren und bürokratische
838 Verordnungen erschweren wirtschaftliches Wachstum. Ziel der
839 Union ist es, die Bürokratiekosten bis 2011 um ein Viertel zu
840 senken. Dahin sind von der unionsgeführten Bundesregierung u. a.
841 mit der Einsetzung des Normenkontrollrats bei der Bundeskanzlerin
842 oder mit den Mittelstandsentlastungsgesetzen bereits erste Schritte
843 gemacht worden. Außerdem setzt sich die Union dafür ein, dass die
844 in den neuen Ländern bestehenden umfangreichen Öffnungs-,
845 Abweichungs- und Experimentierklauseln gegenüber dem
846 Bundesrecht – bei Bedarf auch in den alten Ländern – Anwendung
847 finden können. Zugleich kann damit ein Wettbewerb um intelligente
848 und effiziente Lösungen in Gang gesetzt werden, von dem der
849 Wirtschaftsstandort Deutschland insgesamt profitieren kann.

850 **Beschäftigung fördern**

851 Effiziente Arbeitsmarktinstrumente

852 55. Wir halten an dem Ziel der Vollbeschäftigung fest. Politik
853 allein schafft jedoch keine Arbeitsplätze, sie setzt lediglich die
854 Rahmenbedingungen dafür. Deshalb ist es wichtig, das

855 Unternehmertum zu stärken und zugleich Arbeitskräfte bestmöglich
856 zu qualifizieren und zu motivieren. Die Zahl der existierenden
857 Arbeitsmarktinstrumente ist mit Blick auf größtmögliche
858 Effizienzgewinne kritisch zu überprüfen und zu reduzieren. In
859 Regionen mit extrem hoher Arbeitslosigkeit können modellhaft auch
860 Abweichungsklauseln von den üblichen Regeln der
861 Arbeitsmarktpolitik und den Arbeitsmarktinstrumenten vereinbart
862 werden, wenn sie dazu dienen, die Zahlen der
863 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wirksam zu erhöhen. Wir
864 brauchen beispielsweise auch eine weitergehende Öffnung der
865 Tarifverträge für „betriebliche Bündnisse für Arbeit“.

866 Kombilohn-Modelle

867 56. Einen Beitrag für die Schaffung neuer Arbeitsplätze können
868 Kombilohn-Modelle leisten, durch die auch gering qualifizierte
869 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verstärkt in Arbeit gelangen.
870 Staatliche Zuschüsse machen die Schaffung dieser Art von
871 Arbeitsplätzen im Inland für Arbeitgeber attraktiver.

872 Bürgerarbeit

873 57. Insbesondere mit Blick auf Langzeitarbeitslose und
874 besonders schwer vermittelbare Arbeitssuchende werden bereits
875 heute auf kommunaler Ebene unterschiedliche Modelle wie
876 beispielsweise das Modell „Bürgerarbeit“ in Sachsen-Anhalt mit
877 guten Erfolgen eingesetzt.

878 **Spitzenforschung und Innovation verbessern**

879 58. Als Beitrag der mittelfristigen Arbeitsplatzsicherung in ganz
880 Deutschland müssen Spitzenforschung, Grundlagenforschung und
881 Innovationsförderung weiter ausgebaut werden. Universitäre und
882 außeruniversitäre Forschung bilden mit ihrem Erkenntnisgewinn die
883 Grundlagen für die Lösung komplexer Probleme unserer Zeit.

884 Deshalb schafft eine umfassende Forschungsförderung gute
885 Zukunftsperspektiven für Deutschland. Bei der Förderung muss die
886 Vernetzung von Forschungseinrichtungen, Universitäten und
887 Wirtschaft eine besondere Rolle spielen, damit
888 Forschungsergebnisse optimal in neue Produkte umgesetzt werden
889 können. Nur so kann sich die Dynamik der Zukunftsmärkte auch auf
890 dem Arbeitsmarkt abbilden.

891 Steuerliche FuE-Förderung und Projektförderung

892 59. Investitionen in Forschung und Entwicklung (FuE) leisten
893 gerade in Wachstumsphasen entscheidende Impulse, um
894 zukunftssträchtige Arbeitsplätze und Wohlstand zu sichern und die
895 Dynamik in Zukunftsmärkten und -technologien zu festigen. Wir
896 wollen aus diesem Grund in Ostdeutschland zukunftsweisend die
897 steuerliche FuE-Förderung neben dem Instrument der

898 Projektförderung einführen und damit in Deutschland beispielhaft
899 vorangehen.
900 60. Ostdeutschland braucht mehr Spitzenforschung von
901 internationalem Rang. Dafür müssen wir weiter in die universitäre
902 und die außeruniversitäre Forschung investieren. Wünschenswert
903 wäre die Schaffung von flexiblen Großforschungseinrichtungen, um
904 die Forschungsgrundlagen in den neuen Ländern zu erweitern. Wir
905 werden daher erfolgreiche Programme, wie die Förderung von
906 Zentren der Innovationskompetenz, fortführen und um weitere
907 Ansätze zur Stärkung von Spitzenforschung und Innovation
908 ergänzen. Forschungsverbünde mit Unternehmen sollten gezielt
909 gefördert werden. Ebenso sind Forschungsnetzwerke zwischen
910 Universitäten und Forschungsinstituten zur Stärkung der
911 Grundlagenforschung zu fördern.

912 61. Gemeinsame Kompetenzzentren sind eine gute Grundlage für
913 anwendungsorientierte Forschung und zielgenaue
914 Fachkräfteentwicklung. Zur Stärkung der Innovationskraft der
915 kleinen und mittleren Unternehmen in den neuen Ländern wollen
916 wir in Anlehnung an das niederländische Modell
917 Innovationsgutscheine ausgeben, die bei öffentlichen
918 Forschungseinrichtungen und bei privaten Forschungs-GmbHs
919 eingelöst werden können.

920 **Differenziertes Bildungssystem**

921 Bildungschancen für alle

922 62. Bildung ist heute mehr denn je eine Voraussetzung für gute
923 Chancen am Arbeitsmarkt. Leider zeichnet die demografische
924 Entwicklung ein Bild von sinkenden Kinderzahlen. So droht ohne
925 weitere Bildungsanstrengungen ein erheblicher Nachwuchsmangel
926 bei Fachkräften und Unternehmerpersönlichkeiten.

927 Diese Entwicklung stellt eine ernst zu nehmende Herausforderung
928 dar – sie bietet aber auch eine große Chance. Denn Politik und
929 Gesellschaft wird wieder bewusst: Jeder Einzelne zählt, niemand
930 darf zurückbleiben. Das gilt vor allem für unsere Bildungspolitik.

931 Frühkindliche Bildung

932 63. Von elementarer Bedeutung ist die frühkindliche Bildung und
933 Förderung. Hier haben die neuen Länder gegenüber dem Westen
934 Deutschlands einen Startvorteil bei der Betreuung von Kleinkindern.
935 Auch im Westen muss ein flächendeckendes Platzangebot, wie es
936 im Osten existiert, eingeführt werden. Wir brauchen in ganz
937 Deutschland eine hohe Qualität der Kinderbetreuung mit
938 entsprechenden Bildungsplänen. Wir wollen deshalb eine bessere
939 Qualifizierung der Erzieher durch Weiterbildung und durch einen
940 höheren Anteil sehr gut qualifizierter Erzieher. Für leistungsstarke
941 Kinder wollen wir das Einschulungsalter flexibilisieren.

942 Aufstieg durch Bildung: Vielfalt, Flexibilität und Durchlässigkeit

943 64. Es ist nicht gerecht und ökonomisch nicht sinnvoll, wenn
944 mehr als zehn Prozent der Jugendlichen beim Verlassen der Schule
945 noch nicht genug für einen guten Start in ihre Ausbildung gelernt
946 haben, obwohl sie jahrelang die Schule besucht haben und
947 Milliarden für Bildung ausgegeben werden.

948 Wir wollen, dass die schulische und außerschulische Betreuung
949 von Kindern verbessert wird. Wir wollen daher einen Dreiklang aus

- 950 • zielgenauer, problemorientierter Qualifikation der Lehrer,
- 951 • besserer Vernetzung von Schule, Jugendhilfe und Familien,
- 952 • und dort, wo es nötig ist, mehr und zielgenauer
- 953 Schulsozialarbeit.

954 65. Das vielfältig gegliederte Schulsystem hat sich bewährt. Das
955 Bildungswesen muss weiter alles daran setzen, Bildungsaufstiege
956 durch kluge Organisationsformen zu ermöglichen. Das gilt
957 besonders für die Schwachen, deren Lernpotenzial nicht immer
958 ausgeschöpft wird. Das gilt aber genauso für die breite mittlere
959 Leistungsgruppe, deren Aufstieg zu höheren Bildungsabschlüssen
960 nicht erschwert werden darf. Demgegenüber müssen
961 leistungsstarke Schüler durch eine zielgerichtete Heranführung an
962 die Hochschulen mehr gefordert werden.

963 66. Die CDU befürwortet den bedarfsgerechten Ausbau von
964 Ganztagschulen, die einen pädagogisch strukturierten
965 Tagesrhythmus bieten. Voraussetzungen sind hohe
966 Qualitätsstandards der Schule, Transparenz über Inhalte und
967 Formen, eine Mittagsversorgung für die Kinder und die Einbindung
968 der Eltern in die Schulgestaltung.

969 Ingenieur- und Fachkräftemangel beheben

970 67. Folgt man dem letzten OECD-Bericht, dann werden wir es
971 künftig mit einem Mangel an akademisch gebildeten Erwerbstätigen
972 zu tun haben. In Deutschland herrscht ein massiver Ingenieur- und
973 Fachkräftemangel. Durch die rückläufigen Bewerberzahlen wird die
974 Ausbildung im Betrieb wieder Vorrang vor ergänzenden staatlichen
975 Angeboten haben. Wir wollen daher das betriebsnahe duale
976 Ausbildungssystem stärken.

977 Die neuen Länder müssen ihren Vorsprung in den
978 naturwissenschaftlichen, technischen und mathematischen Fächern
979 erhalten. Auch in den alten Bundesländern brauchen wir deutlich
980 mehr Begeisterung für Naturwissenschaft und Technik.

981 Gestaltungsspielräume für Hochschulen erweitern

982 68. Die Hochschulen der Zukunft brauchen eine ausreichende
983 Finanzierung und weitgehende Autonomie. Sie sind dem
984 Humboldtschen Ideal der Einheit von Forschung und Lehre
985 verpflichtet, das unter modernen Bedingungen Veränderungen

986 erfordert. Deshalb sollte an den Hochschulen der Lehre eine
987 größere Bedeutung beigemessen werden. Didaktisch gut
988 aufbereitete Lehrinhalte, gute Studienbedingungen und
989 ausreichende personelle Betreuung der Studierenden sind
990 unabdingbare Voraussetzungen. Lebenslanges Lernen und
991 ständige Weiterbildung jedes Einzelnen werden die Zukunft der
992 Wissensgesellschaft charakterisieren. Die Vernetzung der
993 Hochschulen in alle gesellschaftlichen Bereiche wie Wirtschaft,
994 Politik, Justiz, Medien und Gesundheitswesen ist voranzutreiben,
995 damit sie in der Zukunft mehr als „Vordenker“ wirken können.

996 ***Demografischen Wandel gestalten***

997 69. In Europa und vor allem in Deutschland geht die
998 Bevölkerungszahl zurück. Seit mehreren Jahrzehnten ist in
999 Deutschland jede Kindergeneration etwa ein Drittel kleiner als die
1000 Elterngeneration. Diese Entwicklung verläuft jedoch nicht überall
1001 gleich stark. Einige Regionen in Deutschland sind heute bereits
1002 besonders stark vom demografischen Wandel betroffen, in anderen
1003 Teilen des Landes wird es erst in einigen Jahren zu spürbaren
1004 Veränderungen kommen. Die Union setzt sich dafür ein, dass junge
1005 Familien sowie die ältere Generation, die in den Dörfern und kleinen
1006 Städten leben und arbeiten, auch dort in Zukunft ihre Heimat haben
1007 können.

1008 70. Diese veränderten Rahmenbedingungen bieten insbesondere
1009 für den Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge Chancen für neue
1010 Formen der Sicherung der privaten und öffentlichen Infrastruktur.
1011 Die Union unterstützt den Aufbau flexibler und mobiler
1012 Infrastrukturangebote, wie die Einrichtung von Einkaufs-,
1013 Rufbussen oder Bürgerbussen zu öffentlichen Einrichtungen. Wir
1014 setzen uns dafür ein, dass moderne Informations- und
1015 Kommunikationstechnologien, der E-Commerce und das E-
1016 Government weiter ausgebaut werden. Wir wollen eine stärkere
1017 Förderung einer familiennahen Infrastruktur, um gerade jungen
1018 Menschen eine Perspektive in geringer besiedelten Regionen
1019 aufzuzeigen (flexible und hochwertige Kinderbetreuungs- und
1020 Schulangebote, Schulbusse, Mehrgenerationenhäuser).

1021 71. Wir bekämpfen den drohenden Ärztemangel. Es muss
1022 frühzeitig gegengesteuert werden, da sich die Situation
1023 insbesondere in den neuen Ländern wegen der
1024 Pensionierungswelle zu verschärfen droht. Die ärztliche Vergütung
1025 wird im Zuge der Gesundheitsreform an das gesamtdeutsche
1026 Niveau angepasst. Eine stärkere Gewichtung der allgemeinen
1027 Tätigkeit im Gesamtbudget für die Honorare der Kassenärzte muss
1028 erfolgen.

1029 72. Angesichts des Fachkräftemangels in naturwissenschaftlichen
1030 und technischen Berufen sind wir auf gut ausgebildete Frauen in

1031 diesen Bereichen angewiesen. Während in der ehemaligen DDR
1032 Frauen und Männer gleichermaßen in naturwissenschaftlichen und
1033 technischen Berufen tätig waren, sind in den alten Bundesländern
1034 Frauen nach wie vor in überwiegend „typischen Frauenberufen“
1035 mit geringeren Verdienst- und Entwicklungschancen tätig. Die CDU
1036 setzt sich verstärkt dafür ein, dass in ganz Deutschland die
1037 Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden, dass sich junge
1038 Frauen verstärkt für die sogenannten „MINT-Berufe“ (z. B.
1039 Mathematik, Informatik, Technik) begeistern. Um Mädchen zu
1040 fördern, soll insbesondere die Vermittlung technischer und
1041 naturwissenschaftlicher Inhalte in Form von altersgerechten
1042 Projekten bereits in Kindertagesstätten, Kindergärten und im
1043 Schulunterricht ausgebaut werden.

1044 Teilhabe der älteren Generation verbessern

1045 73. Die größer werdende Generation aktiver älterer Menschen soll
1046 weiterhin die Möglichkeit haben, am gesellschaftlichen Leben
1047 teilzuhaben. Viele Menschen sind heute bis ins hohe Alter gesund
1048 und können ihr Leben aktiv gestalten. Auch Lernen ist keine Frage
1049 des Alters. Allerdings ändert sich der Lernprozess und ist gepaart
1050 mit einem reichen Schatz an Lebenserfahrung. Wir wollen, dass die
1051 ältere Generation ihr Erfahrungswissen in der Wirtschaft, im
1052 Gesundheitswesen, im Ehrenamt oder in der Familie einbringt. Wir
1053 müssen ein Altern in Gesundheit, Autonomie und
1054 Mitverantwortlichkeit ermöglichen.

1055 Lebensstandard im Alter sichern

1056 74. Das gesetzliche Rentensystem hat sich auch in
1057 Ostdeutschland bewährt. Die umlagefinanzierte gesetzliche
1058 Rentenversicherung ist gegenwärtig die wichtigste Form der
1059 Alterssicherung. Sie wird aber künftig nicht den gewohnten
1060 Lebensstandard im Alter sichern können. Daher ist es notwendig,
1061 dass andere Formen der Vorsorge dazu beitragen, den
1062 Lebensstandard im Alter zu erhalten. Wer ein Leben lang
1063 vollzeitbeschäftigt war, muss eine Rente oberhalb der
1064 Grundsicherung erhalten, die bedarfsabhängig und steuerfinanziert
1065 ausgestaltet wird. Zur Ergänzung der gesetzlichen Rente werden wir
1066 auch die zweite und dritte Säule der Alterssicherung weiter stärken.
1067 Die private Altersvorsorge wird deshalb effizient und zielgerichtet
1068 weiter gefördert. Dazu wird z. B. die Förderung des Wohneigentums
1069 in die staatlich geförderte Vorsorge einbezogen. Die betriebliche
1070 Altersvorsorge muss weiter ausgebaut werden. Wirtschaftlich
1071 erfolgreiche Unternehmen in Ostdeutschland sollten von den
1072 gesetzlichen Möglichkeiten – z. B. Mitarbeiter an Gewinn und
1073 Kapital der Unternehmen zu beteiligen – vermehrt Gebrauch
1074 machen.

1075 ***Verkehrsinfrastruktur zügig ausbauen***

1076 *Von den Verkehrsprojekten „Deutsche Einheit“ zu*

1077 *Verkehrsprojekten „Europäische Einheit“*

1078 75. Deutschland in der Mitte Europas braucht eine
1079 leistungsfähige Infrastruktur als Voraussetzung, um auch im 21.
1080 Jahrhundert Wachstum und Beschäftigung und damit Wohlstand
1081 und Lebensqualität für seine Bürger zu sichern. Zur stärkeren
1082 Einbindung der neuen Länder in den europäischen und weltweiten
1083 Wirtschafts- und Güterverkehr fordern wir eine deutliche
1084 Fortschreibung der Verkehrsinfrastrukturentwicklung von den
1085 Verkehrsprojekten „Deutsche Einheit“ hin zu den Verkehrsprojekten
1086 „Europäische Einheit“. Die Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“
1087 müssen entsprechend der Zusage des Bundes für Straße, Schiene
1088 und Wasserstraßen zügig abgeschlossen werden.

1089 *EU-Infrastrukturausstattung verbessern*

1090 76. Die Infrastrukturentwicklung spielt bei der Gestaltung von
1091 EU-Förderinstrumenten eine zentrale Rolle. Die neuen Länder
1092 schneiden nach wie vor gegenüber den alten Bundesländern
1093 hinsichtlich des Infrastrukturindikators schlechter ab. Zur
1094 Schließung der „Produktivitätslücke“ zwischen Ost und West muss
1095 auch die Infrastrukturausstattung der neuen Länder verbessert
1096 werden. Auch nach 2013 muss ein angemessenes und flexibles EU-
1097 Beihilfesystem für strukturschwache Räume fortgesetzt werden. Ein
1098 dann noch möglicherweise bestehendes Fördergefälle sollte durch
1099 sachgerechte Übergangsregelungen zugunsten Ostdeutschlands
1100 abgefedert werden.

1101 *Ausbau der Nord-Süd-Verbindungen*

1102 77. Die Ost- und Südost-Erweiterung der EU hat für die deutsche
1103 Wirtschaft weitreichende Folgen. Die aufstrebenden Metropolen in
1104 Mittel- und Osteuropa haben sich als sehr dynamisch erwiesen und
1105 gewinnen im Rahmen der Globalisierung für das europäische
1106 Wachstum an Bedeutung. Die wirtschaftlichen Zentren
1107 Deutschlands sind bisher nur ungenügend mit den dynamisch
1108 wachsenden Märkten wie beispielsweise in Tschechien, Polen,
1109 Slowakei, Ungarn oder etwa den Balkanländern und deren
1110 Metropolen verbunden. Deutschland, insbesondere aber der Osten
1111 müssen durch leistungsfähige Verkehrsverbindungen in diese
1112 Wachstumsregion integriert werden.

1113 Ein Transportkorridor von der Nord- und Ostsee bis an die Adria
1114 und das Schwarze Meer ist ein Verkehrsprojekt, das auf Jahrzehnte
1115 hinaus dem Osten Deutschlands neue Impulse verleihen kann.
1116 Unser Ziel ist es, diesen Korridor bei der anstehenden Revision der
1117 sogenannten TEN-Leitlinien der Europäischen Union zu verankern.

1118 ***Neue Chancen in der Mitte Europas***

1119 78. Europa wächst zusammen. Erst vor kurzem haben wir den
1120 Beitritt Polens und Tschechiens und acht weiterer Staaten zum
1121 Schengen-Raum und damit den Wegfall der Grenzkontrollen
1122 gefeiert. Die Beziehungen zu unseren Nachbarn entwickeln sich
1123 gerade auf der Ebene der Bürger hervorragend. Dieser Weg muss
1124 fortgeführt werden, etwa durch Sprachunterricht an den Schulen,
1125 den Ausbau der grenzüberschreitenden Straßen- und
1126 Schienenverbindungen oder Kooperationen bei der
1127 Verbrechensbekämpfung, im Tourismus und bei öffentlichen
1128 Dienstleistungen.

1129 79. Unser Ziel ist es, ein ähnlich entspanntes und
1130 unkompliziertes Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn zu
1131 entwickeln, wie es an der deutsch-französischen Grenze gelebt
1132 wird. Nationale Grenzen müssen immer mehr ihren begrenzenden
1133 Charakter verlieren und sich zu reinen Verwaltungsgrenzen
1134 entwickeln. Dazu gehört auch, dass die Menschen die guten
1135 Beziehungen zu unseren Nachbarn als Chance und Multiplikator für
1136 die wirtschaftliche und auch kulturelle Entwicklung der neuen
1137 Länder nutzen. Grenzüberschreitende Initiativen wie das Deutsch-
1138 Polnische Jugendwerk oder den Deutsch-Tschechischen
1139 Zukunftsfonds werden wir aus diesem Grund weiter intensiv
1140 unterstützen. Versöhnende Gesten und brückenschlagende
1141 Initiativen der deutschen Heimatvertriebenen zu den Menschen in
1142 unseren östlichen Nachbarstaaten begrüßen und unterstützen wir.

1143 80. Unsere osteuropäischen Nachbarn werden auch wirtschaftlich
1144 immer stärker. Die gute wirtschaftliche Zusammenarbeit von
1145 Unternehmen in der Bundesrepublik mit den erstarkenden Regionen
1146 in Mittel-, Ost- und Südosteuropa sind eine wesentliche Grundlage
1147 für ein weiteres vitales Wachstum und damit für die Schaffung von
1148 Arbeitsplätzen. Diese besondere Chance für die Entwicklung der
1149 neuen Länder wollen wir nutzen.

1150 81. Wir wollen auch nach 2013 ein angemessenes und flexibles
1151 europäisches Beihilferegime. Innerhalb und außerhalb Europas
1152 muss es darum gehen, das Fördergefälle nicht zu groß werden zu
1153 lassen. Wir wollen angemessene und gerechte
1154 Übergangsregelungen für die EU-Strukturförderung nach 2013,
1155 damit die mit Hilfe dieser Förderung erreichten Erfolge in
1156 Ostdeutschland nicht wieder verloren gehen.

1157 ***Das wiedervereinigte Deutschland im europäischen***
1158 ***Einigungsprozess***

1159 82. Das wiedervereinigte Deutschland hat seinen Platz in der
1160 Europäischen Union gefunden und versteht sich als ein Motor des
1161 europäischen Einigungsprozesses. Die Europäische Union hat sich

1162 als Kern einer stabilen Friedens- und Freiheitsordnung in Europa
1163 hervorragend bewährt. Der Europäischen Union stellen sich im
1164 21. Jahrhundert mit der zunehmenden Globalisierung insbesondere
1165 des Wirtschaftslebens, der Energiesicherung und des
1166 internationalen Terrorismus neue Herausforderungen, die
1167 gleichzeitig eine Neubegründung des europäischen
1168 Einigungsprozesses darstellen. Nur gemeinsam können wir als
1169 Europäer in der globalen Ordnung mit neuen wirtschaftlichen und
1170 politischen Mächten die Zukunft gestalten.

1171 Die bisherigen Erweiterungen der Europäischen Union waren
1172 Erfolge. Sie haben die Zone der Stabilität erheblich ausgeweitet und
1173 Deutschland insgesamt politischen und wirtschaftlichen Nutzen
1174 gebracht. Wir wollen eine Europäische Union, die ihre Akzeptanz
1175 durch ihre Bürger erhält. Deswegen muss die EU die Aufgaben
1176 erfüllen, denen sie in den Augen der Bürger nachkommen soll.

1177 So liegt in Europa die Zukunft unseres wiedervereinigten
1178 Deutschlands. Wir werden unsere Erfahrungen aus dem
1179 Wiedervereinigungsprozess Deutschlands kreativ für das
1180 zusammenwachsende Europa nutzen.